Im Krefelder Seidenweberhaus wurde 1980 der „Krefelder Appell“ gegen die damals von den USA geplante Aufstellung von Atomraketen in Deutschland gegen die UdSSR verkündet, der mit vier Millionen Unterschriften unterstützt wurde. Daran knüpft der „Berliner Appell“ an, der sich gegen die für 2026 wieder von den USA beschlossene Aufstellung von Atomraketen in Deutschland wendet. Das Bündnis „Vom Krefelder zum Berliner Appell“ lädt am 25. Oktober zu einer Veranstaltung in Krefeld mit Prominenten aus Kultur, Musik, Kirche, Theater, Kunst, Wissenschaft ein. **Éva Péli** sprach mit einem der Referenten, dem Philosophen und Publizisten **Werner Rügemer**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/251016_BlackRock_Drecksarbeiter_Friedrich_Merz_Werner_Ruegemer_ueber_US_Finanzmacht_und_deutsche_Politik_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Éva Péli: Herr Rügemer, Ihre Rede für die Veranstaltung „Vom Krefelder zum Berliner Appell“ hat den provokanten Titel „Breiter Widerstand gegen den BlackRock-Drecksarbeiter Friedrich Merz“. Warum ist die Verbindung der US-amerikanischen Investmentgesellschaft BlackRock mit der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz so gefährlich, dass Sie diesen Widerstand fordern?

Werner Rügemer: Merz hat im Juni beim G7-Gipfel Israel gelobt, dass es im Nahen Osten die „Drecksarbeit für uns alle macht“, für den „freien Westen“, und zwar durch die Luftschläge gegen den Iran, bei denen Hunderte Zivilisten getötet wurden. Also die unkontrollierte Atommacht Israel, die über Atombomben verfügt, gegen den kontrollierten Iran, dessen Atombomben nur in der Phantasie der US- und der israelischen Regierung existieren: Das lobt Merz. Er kennt sich da aus. Er ist selbst ein Drecksarbeiter für diesen „freien Westen“.

Israel ist der Drecksarbeiter für die USA, um seit Jahrzehnten den gesamten Nahen Osten US-freundlich umzugestalten, völkerrechtswidrig, jetzt auch mit Völkermord. Das gilt nicht nur für die von US-Präsident Donald Trump geplante „Riviera des Nahen Ostens“ im Gaza und für Investitionen auch in der Westbank, sondern in „Groß-Israel“, auch in den Nachbarstaaten Israels, in den Golfstaaten – und die Liste ist noch nicht vollständig.

Der weltgrößte Vermögensverwalter BlackRock profitiert massiv von der Aufrüstung Israels

und dem aktuellen Gaza-Krieg, als führender Aktionär der US-Rüstungs- und Technologie-Konzerne, die mit Niederlassungen in Israel präsent sind. Zudem haben sie mitgeholfen, dass Israel am lebenden Objekt der besetzten und widerständigen Palästinenser zum weltweit führenden Hotspot der digitalen Überwachungs- und Tötungstechnologie avancierte (wie das bekannte Beispiel Pegasus zeigt). Dadurch ist das Land zu einem profitablen globalen Exporteur dieser Technologien geworden.

Die UN-Sonderbeauftragte Francesca Albanese hat in ihrem Gutachten *„From Economy of Occupation to Economy of Genocide“ (Von der Besatzungswirtschaft zur Völkermordwirtschaft)* die dabei aktiven US-Konzerne detailliert aufgelistet. BlackRock hat während der ersten Trump-Präsidentschaft eine Niederlassung in Tel Aviv eröffnet und berät dort Superreiche sowie die israelische Börse bei deren Expansion. Bis vor Kurzem fungierte BlackRock, das auch an der Belieferung der Ukraine als US-Stellvertreter-Krieger gut verdient, zudem als Koordinator für den „Wiederaufbau“ der Ukraine. Da sind sich Trump und BlackRock einig: Das Geschäft ist dann am profitabelsten, wenn der Krieg länger dauert und die Zerstörung maximiert wird, denn dies garantiert größere Gewinne beim anschließenden Wiederaufbau. Auch Merz möchte an diesem kapitalen Kuchen partizipieren.

Merz ist der erste Regierungschef im US-geführten „freien Westen“, der zuvor ein hochbezahlter, doppelt entlohnter Funktionär von BlackRock war. Damit agiert er in Deutschland nun selbst als „Drecksarbeiter“ für BlackRock, ähnlich seinem gelobten israelischen Amtskollegen Netanjahu.

Und worin besteht die „Drecksarbeit“ von Merz für BlackRock in Deutschland?

Merz verrichtet die „Drecksarbeit“ für US-Investoren in Deutschland bereits seit zwei Jahrzehnten, seit dem Jahr 2005 – ein Fakt, der der breiten deutschen Öffentlichkeit kaum bekannt ist.

Die rot-grüne Bundesregierung unter Kanzler Schröder und Vizekanzler Fischer öffnete den Standort Deutschland mit der „Agenda 2010“ durch Steuerbegünstigungen für ausländische Investoren. Ab dem Jahr 2000 nutzten US-Private-Equity-Firmen wie KKR, Blackstone und Carlyle diese Chance. Sie kauften Tausende mittelständische Unternehmen auf, luden ihnen Kredite auf, verkauften Teile sowie Immobilien, verhängten Lohnstopps, kappten Arbeitsplätze, entfernten Betriebsräte und veräußerten die „restrukturierten“ Unternehmen an den nächsten Spekulanten. Wegen ihrer Brutalität wurden diese Investoren bald als „Heuschrecken“ bekannt. Ab 2005 förderte Merz diesen Prozess der Deindustrialisierung Deutschlands und bereicherte sich dabei persönlich.

Zur Beratung dieser Investoren eröffnete die US-Wirtschaftskanzlei Mayer Brown LLP aus Chicago eine Niederlassung in Düsseldorf. Wen holte sie als Berater und Lobbyisten? Friedrich Merz. Das geschah bereits 2005, kurz nachdem er aus der Führung der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschieden war. Er kannte die wichtigste CDU-Klientel, den gelobten deutschen Mittelstand – das Gier-Objekt der US-Investoren – am besten.

Bis 2021, also 16 Jahre lang, war Merz nicht nur Angestellter bei Mayer Brown: Er wurde sofort Miteigentümer der Kanzlei und verdiente somit doppelt. Genau genommen verdiente er dreifach, da seine Beratertätigkeit ihm auch Aufsichtsratsmandate in einem Dutzend der von ihm betreuten Unternehmen einbrachte.

Im Jahr 2008 veröffentlichte Merz sein Buch „Mehr Kapitalismus wagen“. Darin pries er das Faktum, dass „wir jetzt auch in Deutschland ‘Heuschrecken’ haben“. Er forderte die Privatisierung der Sozialsysteme, die private Rente und die Senkung der Steuern für die sogenannte „Leistungselite“. Die Forderung an die Arbeiter lautete: Sie sollten keine höheren Löhne fordern, sondern mehr Aktien kaufen. Für Arbeitslose, so Merz, würden 132 Euro pro Monat ausreichen.

Auf diesem Weg machte sich Merz selbst zum Multimillionär, ausgestattet mit zwei Privatjets und einer zusätzlichen Residenz am Promi-Ufer des Tegernsees.

Aber da spielte doch BlackRock gar keine Rolle, oder?

Ja, aber jene Phase war die Einstiegsvoraussetzung für BlackRock. Dieser größte der neuen, deregulierten Kapitalaufsteiger in den USA trieb nach der Finanzkrise ab 2008 seine internationale Expansion voran – und folgte damit den „Heuschrecken“. Wie in jedem wichtigen Land (etwa England, Frankreich und der Schweiz) sicherte sich BlackRock auch in Deutschland hochbezahlte Lobbyisten: eben Merz.

Merz blieb zwar bei Mayer Brown, übernahm aber gleichzeitig ab 2016 den Vorsitz des Aufsichtsrats der BlackRock Asset Management Deutschland AG. Auch hier verdiente er doppelt: erstens als Aufsichtsratsvorsitzender und zweitens über einen zusätzlichen Beratervertrag. Er vermittelte Geheimtreffen mit den Finanzministern der Merkel-Regierungen, darunter Wolfgang Schäuble und Olaf Scholz, sowie mit dem Chef des Bundeskanzleramts, Helge Braun.

Nach dem Ausverkauf des nicht börsennotierten deutschen Mittelstands lautete Merz’ neuer Auftrag: der Ausverkauf der größten Aktiengesellschaften in Deutschland. So stieg BlackRock, geräuschlos und von Kanzlerin Merkel beschwiegen, zum größten Aktionär

Deutschlands in den 40 DAX-Konzernen auf – von Adidas über Bayer, Deutsche Bank, Rheinmetall und RWE bis hin zu Siemens, VW und Zalando – sowie in den kleineren Aktiengesellschaften des MDAX.

Nach Ihrer Analyse ist diese unregulierte, neue Monopolbildung auch eine Gefahr für Demokratie und Wohlstand. Können Sie das genauer begründen?

Die aktuelle Wirtschaftskrise in Deutschland verdeutlicht die Gefahr: Während Zulieferer, Handwerker und der Mittelstand massenhaft Insolvenzen erleben, verzeichnen Finanzgiganten wie BlackRock & Co. keinen Einbruch. Ihre Gewinne und Aktienwerte steigen rasant, beschleunigt seit der Corona-Krise, und der DAX klettert auf nie dagewesene Höhen weit über 20.000 Punkte. Dies signalisiert eine gefährliche Entkoppelung der Großkonzerne und ihrer Aktionäre wie BlackRock von der sonstigen, niedergehenden Wirtschaft.

Die zentrale Gefahr für Demokratie und Wohlstand liegt in der Machtkonzentration und dem Interessenkonflikt:

BlackRock – stets in Verbindung mit den nächstgrößten Finanzakteuren wie Vanguard, State Street, Capital Group und Fidelity – ist der größte Aktionär der gesamten westlichen Rüstungsindustrie. Dies betrifft nicht nur US-Konzerne wie Lockheed, Boeing, General Dynamics und Raytheon/RTX, sondern auch europäische Schwergewichte wie BAE Systems in Großbritannien, Leonardo in Italien und Rheinmetall in Deutschland.

Das Geschäft dieser Finanzakteure ist auf maximale Instabilität ausgerichtet: Je mehr Kriege und je länger sie dauern – selbst wenn sie militärisch nicht zu gewinnen sind, wie in der Ukraine –, desto höher sind die Gewinne aus der Rüstungsindustrie.

Dieser finanzielle Imperativ trifft genau auf die politische Agenda der beschleunigten Aufrüstung. Merz organisiert diese massive Aufrüstung und die staatliche Subventionierung der Industrie aktiv mit, folgt damit der Anweisung von Trump und definiert die Rüstungsausgaben zum wichtigsten Ausweg aus der Deindustrialisierung.

Aber wie sind die Normalbürger direkt betroffen?

Auf ziviler Ebene zeigt sich der Einfluss dieser Monopolbildung am deutlichsten im Wohnungsmarkt. Niemand hält in den drei größten deutschen Wohnungskonzernen – Vonovia, Deutsche Wohnen und LEG – so viel Eigentum wie BlackRock. Die LEG (Landes-Entwicklungs-Gesellschaft), einst die Wohnungsgesellschaft des Landes NRW, wurde

zunächst von den „Heuschrecken“ verwertet und ist nun im Besitz von BlackRock & Co. Mit diesem einzigartigen, neuartigen Monopol treiben diese Konzerne systematisch die Mieten, Nebenkosten sowie die Preise für Eigentumswohnungen und Parkplätze in die Höhe.

Der Staat subventioniert diese hohen Mieten über das Wohngeld. Diese Subventionen landen jedoch direkt bei BlackRock & Co. Der ohnehin überschuldete Staat verschuldet sich dadurch zusätzlich, was wiederum die Infrastruktur in Bereichen wie Verkehr, Schulen und Krankenhäusern verkommen lässt. Viele Mieter müssen sich trotz Wohngeld bei Ernährung, Medikamenten und Krankenbehandlung massiv einschränken, da die Miete bereits die Hälfte ihres Einkommens verschlingt.

Die Merz-Regierung weigert sich, dagegen vorzugehen. Im Gegenteil: Unter dem Motto „Der bisherige Sozialstaat ist nicht mehr finanzierbar“ – eine direkte Aussage von Merz – soll das Bürgergeld für Arbeitslose gekürzt werden. Gleichzeitig werden die Ausgaben für die Bundeswehr und Rüstungsgüter aus den USA (auch für die Ukraine) durch zusätzliche Verschuldung und erhöhte Zinsverpflichtungen massiv erhöht. Diese Logik, die in der Merz-BlackRock-Verflechtung wurzelt, verbindet somit Sozialkürzungen mit der Finanzierung von Aufrüstung.

Sie kritisieren auch die erweiterten Digital-Monopole von Amazon, Apple, Microsoft. Wieso ist das schlecht für die Demokratie?

Neben der Aufrüstung ist die Digitalisierung der wichtigste Pfeiler im Merz-Programm zur Reindustrialisierung. Selbstverständlich sind BlackRock & Co. auch hier die führenden Eigentümer dieser digitalen Konzerne – der wertvollsten Unternehmen an der Börse.

Diese Konzerne errichten nun auch in Deutschland riesige neue Rechenzentren, etwa Microsoft in den ehemaligen Braunkohlegebieten Nordrhein-Westfalens.

Auch diese Projekte subventioniert der Staat und verschuldet sich zusätzlich. Die Kehrseite: Die Zahl der Arbeitsplätze in diesen menschenleeren Anlagen voller Supercomputer ist gering. Zudem ist der enorme Bedarf an Kühlwasser und Elektroenergie ungeklärt; ein Großteil wird aus fossilen Quellen stammen. Dies ist für Merz, der sich für die Beibehaltung fossiler Energien und die weitere Produktion von Verbrenner-Autos einsetzt, kein Problem. Zudem hat er Trump zugesagt, dass Deutschland und die EU den Kauf des extrem umweltschädlichen Fracking-Gases aus den USA erhöhen werden.

Die Aufträge zur weiteren Digitalisierung des deutschen Staates, der Bundesländer, Kommunen und Unternehmen gehen somit an diese US-Konzerne respektive an BlackRock

& Co. Der Digital Services Act der EU verhindert dabei nicht die Weitergabe von Daten des Staates und der Konsumenten an US-Behörden. In den USA unterliegen diese Digitalkonzerne dem Patriot Act, der im Namen des amerikanischen „national interest“ die Übermittlung aller Daten aus dem Ausland verlangt.

Dies ist nicht nur ein gutes Geschäft für die USA, sondern auch ein mächtiges Überwachungs-, Kontroll- und Herrschaftsinstrument, das eine fundamentale Schädigung der Demokratie in Deutschland und der EU darstellt.

Merz hat gegen diese US-Übermacht keine Einwände. Er war schließlich jahrelang Vorsitzender der „Atlantikbrücke“, die 1951 vom US-Banker John McCloy gegründet wurde, um die Bundesrepublik Deutschland – ergänzend zu NATO und Marshallplan – noch enger an die USA zu binden.

Außerdem kritisieren Sie die von Merz geförderten Niedriglöhne. Wie hängen denn die mit BlackRock zusammen?

In seinem bereits erwähnten Buch „Mehr Kapitalismus wagen“ forderte Merz, noch vor seinem Engagement bei BlackRock, klar und öffentlich:

- Kein Mindestlohn, da dieser den Standort schädige.
- Gewerkschaften raus aus den Betrieben und keine Tarifverträge mehr; stattdessen sollten Löhne und Arbeitsbedingungen betrieblich einzeln ausgehandelt werden.
- Abschaffung der 40-Stunden-Woche und eine Erhöhung auf mindestens 42 Stunden.
- Abschaffung des Kündigungsschutzes.

Diese „Drecksarbeit“ im Dienste der US-Kapitalisten hatte Merz in seinem damaligen „heuschrecklichen Überschwang“ stolz aufgelistet.

Als Vorsitzender der CDU musste Merz angesichts schrumpfenden Wählerzuspruchs zwar „Kreide fressen“ und sich rhetorisch mäßigen. Doch inhaltlich wird die Stoßrichtung ohnehin von den großen Aktiengesellschaften in Deutschland mit BlackRock & Co. verfolgt: Arbeitsplätze werden abgebaut und Produktionsstandorte in die USA und nach China verlagert. Zudem wird der Mindestlohn extrem niedrig gehalten. Auch wird die millionenfache Verletzung des Mindestlohns bei Zulieferern und Dienstleistern staatlich

weitgehend unkontrolliert geduldet und unbestraft gefördert.

Dies fällt unter die geförderte „Entbürokratisierung“ der aktuellen Regierung, ebenso wie die Aussetzung des Lieferkettengesetzes. Das Ergebnis ist eine weltweite, menschenrechtswidrige Niedrigstlöhnerei, die BlackRock & Co. unmittelbar zugutekommt.

Sie betonen den notwendigen breiten Widerstand, auch international vernetzt. Wie soll das gehen, wer soll das machen?

Die Profiteure und Organisatoren des „Heuschrecken“- und BlackRock-Kapitalismus sowie ihre Mittäter in Politik und Leitmedien haben die westlichen Gesellschaften mehrheitlich verarmt, frustriert und vielfältig krank gemacht. Die Lebenserwartung in den unteren sozialen Schichten sinkt, mit den USA als traurigem Vorreiter. Gleichzeitig sind die von BlackRock & Co. vertretenen Superreichen mächtiger und reicher denn je.

Während diese Elite Forschungen bezahlt, um – bei bester Gesundheit – mindestens 120 Jahre alt zu werden, ziehen sie sich zunächst auf ihre bewachten Residenzen auf karibischen Inseln und ihre befestigten Golfplätze zurück. Die perverse Fantasie gipfelt in der Vorstellung, den kaputten Planeten Erde später in Richtung Mars zu verlassen.

Ihre strategische „Lösung“ gegenüber den Verarmten und Gedemütigten besteht aus zwei systemisch zusammenhängenden Säulen:

1. Die Inszenierung gefährlicher Feinde: In einer Neuauflage der „bolschewistischen Gefahr“ nach den Weltkriegen wird mit Akteuren wie Merz und BlackRock die Aufrüstung vorangetrieben. Dies richtet sich gegen Russland und den Iran und dient der langfristigen, globalen Vorbereitung von Einzelkriegen (wie jetzt in der Ukraine und im Nahen Osten, beginnend gegen Venezuela) bis hin zum möglichen Weltkrieg.
2. Der Schleifung des Sozialstaats: Die systemisch zusammenhängende zweite „Lösung“ ist die gezielte Verarmung, Überwachung und Disziplinierung der Lohnabhängigen und Rentner. Dies geschieht durch die Schleifung oder Verteuerung der Infrastruktur und den weiteren Abbau des Sozialstaats.

Worin besteht dann also die richtige Lösung?

Für die Schaffung von Frieden und dessen Voraussetzungen müssen sich alle Betroffenen organisieren. Dazu zählen abhängig Beschäftigte in Unternehmen, Krankenhäusern und staatlichen Behörden, Rentner, Mieter sowie Saison- und Wanderarbeiter – und überall dort auch die besonders betroffenen Frauen.

Selbst Mittelständler und Selbstständige sind gefordert, sich aufzurappeln und außerhalb ihrer alten, zwangsverordneten IHK-Gebilde neu zu formieren.

Dieser Wandel ist vielfach bereits im Gange, abseits des öffentlichen Fake-Radars. An der Basis entstehen neue Genossenschaften – in Dörfern, bei Öko-Bauern, in Pflegegruppen und Altentreffs. Einzelne mittelständische Unternehmer sind aufgewacht und knüpfen Kontakte zu Geschäftspartnern in BRICS-Staaten.

Längst organisieren sich demokratische, linksorientierte Organisationen in EU-weiten Konferenzen. Initiativen zur nationalen Neutralität halten gemeinsame Konferenzen ab und laden Vertreter aus der Schweiz und Österreich ein. Ein breites alternatives Medienspektrum hat sich mit internationalen Vernetzungen etabliert. Ich selbst publiziere beispielsweise in Medien in Indien, den USA, Frankreich, Spanien, Brasilien, Russland und der Türkei.

Zusammenfassend gilt: Die US-geführte NATO ist die gefährlichste Organisation der Welt, die zudem weit nach Asien ausgreift. Wer also Frieden, Demokratie, Sicherheit und Wohlstand anstrebt, muss nach dem Motto handeln:

„Raus aus der NATO!“ – verbunden mit dem Motto – „Raus aus dem US-geführten Kapitalismus!“

Mehr Informationen zu der Veranstaltung finden Sie hier: Vom Krefelder zum Berliner Appell – Kunst und Wissenschaft für den Frieden, 25. Oktober 2025, 15 – 19 Uhr, Seidenweberhaus, Krefeld

Werner Rügemer: BlackRock Germany. Die heimliche Weltmacht, ihre Praktiken in Deutschland und Friedrich Merz. Berlin 2025, Hintergrund Verlag (WISSEN KOMPAKT), Taschenbuch, 112 Seiten, ISBN 978-3-910568-17-4, 14,80 Euro.

Titelbild: Shutterstock / Ryan Nash Photography